



Klimamarsch
Seite 9

Inhalt

Seite 3

Zuschüsse an Privatunternehmen

Seiten 4-5

Die Trockenlegung der sozialen Sicherheit

Seite 6

Meldungen

Seite 7

CSCBIE: Wichtige Infos für Bauarbeiter

Seite 8

Meldungen

Seiten 9-11: Dossier

Klimamarsch:

Für Klima- und soziale Gerechtigkeit

Seiten 12-13

Meldungen

Seiten 14-15

Themenabend:

„Es gibt keinen Planeten B“

Seite 16

Laufbahnmarsch am 14. Oktober

Impressum

Anschrift der Redaktion:

CSC Info,
Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers
087/85 99 59
pressedienst@acv-csc.be

Redaktion:

Jessica Halmes	Claudine Legros
Liliane Louges	Angela Mertes
Jochen Mettlen	Mike Mettlen

Layout: Maryline Weynand

Druckerei:

Snel Grafics, Vottem

Herausgeber:

Confédération des Syndicats Chrétiens (CSC)

Veröffentlichung:

VoG Visie in beweging

Erscheinungsrhythmus:

Vierzehntäglich

Öffnungszeiten & Kontakt

ARBEITSLOSENDIENST 087/85 99 98

CSC Eupen

Sprechstunden: dienstags und donnerstags,
jeweils von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr
csc.chomage.eupen@acv-csc.be

CSC St.Vith

Sprechstunden: montags von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr
csc.chomage.stvith@acv-csc.be

JURISTISCHE ERSTBERATUNG

Eine Frage zum Arbeitsrecht (Kündigung, Vertrag, Urlaub,...)?

*Kontaktieren Sie die juristische Erstberatung **per Telefon oder Mail:***

Montags bis donnerstags

8.30 Uhr bis 12.30 Uhr und 13.30 Uhr bis 16 Uhr

Freitags 8.30 Uhr bis 12 Uhr

087/85 99 22 • csc.ostbelgien@acv-csc.be

JURISTISCHER BEISTAND

*Für jeden juristischen Beistand oder für eine laufende Akte
kontaktieren Sie unseren juristischen Dienst:*

CSC Eupen

Sprechstunden: donnerstags von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr
087/85 98 95 • sj.verviers@acv-csc.be

CSC St. Vith

Sprechstunden: dienstags auf Termin
087/85 98 95 • sj.verviers@acv-csc.be

OFFENE SPRECHSTUNDE

CSC Eupen

Montags von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr

GRENZGÄNGERDIENST LUXEMBURG

CSC St.Vith: dienstags auf Termin

087/85 99 33 • grenzganger.luxemburg@acv-csc.be

GRENZGÄNGERDIENST DEUTSCHLAND

CSC Eupen: auf Termin

087/85 99 49 • grenzganger.deutschland@acv-csc.be



www.diecsc.be



www.facebook.com/cscostbelgien

Zuschüsse an Privatunternehmen: „Ein Wahnsinnsgeld“

Die öffentlichen Subventionen, die privaten gewinnorientierten Unternehmen gewährt werden, nehmen ständig zu: Zu diesem Schluss kommt eine Studie ⁽¹⁾, die darauf abzielt, die öffentlichen Gelder zu schätzen, die an gewinnorientierte Privatunternehmen gezahlt werden... und ihre Wirksamkeit zu hinterfragen.

Nach den neuesten verfügbaren Daten aus dem Jahr 2022 beliefen sich die öffentlichen Subventionen auf fast 52 Mrd. Euro oder 9,2 % des Bruttoinlandsprodukts. Dieser Betrag entspricht 115 % der Gesundheitsausgaben, dem Anderthalbfachen des Bildungsbudgets und dem Dreifachen der Einsparungen von 15,7 Milliarden Euro pro Jahr, die unserem Land von Europa auferlegt werden.

Die Wissenschaftler, die diese neue Studie durchführten, haben so weit wie möglich alle öffentlichen Gelder ausgeschlossen, die Unternehmen des nicht-kommerziellen Sektors und autonomen öffentlichen Unternehmen wie der SNCB zugewiesen wurden. Sie berücksichtigten alle direkten Subventionen und Einnahmeverluste, die unter anderem auf Steuer- und Sozialbeitragsermäßigungen zurückzuführen sind.

Subventionen für höhere Gewinnmargen

Während die Ausgaben für Subventionen bis Anfang der 2000er Jahre relativ begrenzt blieben, sind sie seit 2003 stark gestiegen. „Seit den 1980er Jahren hat sich die politische Aufmerksamkeit bei der Reduzierung der öffentlichen Ausgaben fast immer auf die öffentlichen Dienstleistungen oder den nicht-kommerziellen Sektor gerichtet“, stellen die Wissenschaftler fest. „Eine Studie der Nationalbank aus dem Jahr 2021 wies bereits darauf hin, dass die öf-

fentlichen Ausgaben Belgiens im wirtschaftlichen Bereich, einschließlich der Lohnzuschüsse für Unternehmen, im Vergleich zu den Nachbarländern besonders hoch waren.

Doch in der Praxis stellt sich heraus, dass diese öffentlichen Zuschüsse nicht unbedingt neue Arbeitsplätze schaffen. Vielmehr dienen sie dazu, die Gewinnmargen der Unternehmen oder die Dividenden der Aktionäre zu erhöhen. Die Bedingungen für die Gewährung öffentlicher Zuschüsse, sofern es solche gibt, sind nach wie vor wenig verbindlich.“

Risikoübertragung

In ihrer Studie präsentieren die Wissenschaftler auch Erklärungen für diese öffentliche Unterstützung für gewinnorientierte Privatunternehmen. So heben sie eine Erklärung hervor, die von „neoliberalen“ Politikern weitgehend verschwiegen wird: „Diese Unterstützung ermöglicht es den Aktionären, das finanzielle Risiko ihrer Investitionen zu mindern, indem sie ihre Gewinne bei der öffentlichen Hand absichern, die dann als letzter Versicherer für den Profit fungiert. Durch seine finanzielle Unterstützung gibt der Staat den Eigentümern von Unternehmen eine nahezu bedingungslose Gewinngarantie: Sie sind nämlich nicht zur Rückzahlung verpflichtet, wenn sie ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, d.h. zumindest die Arbeitsplätze zu erhalten. In diesem Fall wird das Risiko kapitalistischer Investitionen über den Staat und die Sozialversicherung auf den Steuerzahler, die Lehrkräfte, die Beamten, die Krankenschwestern, die Ärzte usw. übertragen. Das ist doch Wahnsinn... oder ein Wahnsinnsgeld ⁽²⁾, nicht wahr?“

1. www.econospheres.be/un-pognon-de-dingue

2. Diesen Ausdruck hat der französische Präsident Emmanuel Macron in Bezug auf die Sozialausgaben des französischen Staates verwendet, die er für „ineffizient“ hält.

Laut Studie profitieren die Unternehmen und Aktionäre am meisten von den Subventionen.



Die Trockenlegung der sozialen Sicherheit

Angesichts der erdrückenden Wucht der Steueroptimierung zeigt sich die CSC Nahrung & Dienste besorgt über die Zukunft einer sozialen Sicherheit, die einst auf Solidarität aufgebaut war.

In einem Interview hat Minister Van Peteghem auf eine grundlegende Wahrheit hingewiesen: Das belgische System der sozialen Sicherheit droht unter dem Druck eines immer flexibleren Arbeitsmarktes zusammenzuberechnen. Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass nicht nur Flexi-Jobs oder Studentenarbeit die Tragfähigkeit des Systems untergraben, sondern die Gesamtheit der Steueroptimierungen und strukturellen Entscheidungen.

Flexibilität ist die neue Norm

Feste Arbeitsplätze mit vollen Rechten weichen einem uneinheitlichen Spektrum von Beschäftigungsformen, Vorteilen und Ausnahmen. Und wer zahlt den Preis? Weder der Berater noch der Arbeitgeber, sondern die Gesellschaft!

Heute beschäftigen Supermärkte kaum noch festes Personal. Es sind Flexi-Jobber und Studenten, die die Regale auffüllen, an den Kassen sitzen und die Teams ergänzen. Ihr Beitrag zur sozialen Sicherheit ist minimal: Studenten zahlen lediglich einen Solidaritätsbeitrag von 2,71 %, Arbeitgeber 5,42 %. Flexi-Jobber zah-

len überhaupt keine Beiträge zur sozialen Sicherheit, und die Arbeitgeber nur eine Pauschale von 28 %. Das wirkt sich zwar positiv auf die Lohnkosten aus, aber negativ auf die Finanzierung von Renten, Krankenversicherung und Arbeitslosengeld.

Der Verlust für die soziale Sicherheit beläuft sich insgesamt auf rund 664 Millionen Euro im Jahr 2024. Mit der bevorstehenden Ausweitung der Flexi-Jobs auf alle Sektoren und der Zunahme der Arbeitsstunden von Studenten wird die Milliarden Grenze bald überschritten.

Netto-Überstunden: Arbeiten ohne Beiträge

Die Regierung plant außerdem, die derzeitige Anzahl der Überstunden zur Wirtschaftsbelebung (120 pro Jahr) auf 240 Netto-Überstunden zu erhöhen. Diese Stunden sind vollständig von Sozialbeiträgen und Steuern befreit. Für die Arbeitnehmer scheint dies interessant zu sein,

Zurzeit ist der belgische Arbeitsmarkt ein Mosaik aus Ausnahmen, günstigen Regelungen und Optimierungen, die gemeinsam zur Trockenlegung unserer sozialen Sicherheit beitragen.



um etwas dazu zu verdienen, doch Simulationen zeigen, dass sie ihnen tatsächlich schaden. Und wieder einmal gilt: ohne Beiträge keine sozialen Ansprüche.

Grenzen der strukturellen Reduzierung

Die Regierung hat kürzlich die strukturelle Reduzierung der Sozialbeiträge für niedrige und mittlere Einkommen verstärkt. Diese Maßnahme ist nachvollziehbar: Sie macht Arbeit günstiger und fördert die Beschäftigung. Doch sie führt auch zu einem strukturellen Rückgang der Einnahmen der sozialen Sicherheit, die nicht durch alternative Finanzierungen ausgeglichen werden.

Umgekehrte Solidarität

Seit Juli 2025 gilt eine Obergrenze für die Sozialbeiträge der Arbeitgeber für Gehälter über 85.000 Euro pro Quartal. Auf den darüber hinaus gehenden Teil des Gehalts sind keine Basisbeiträge mehr fällig. Das bedeutet, dass die höchsten Einkommen relativ weniger beitragen als die Mittelschicht: Diese umgekehrte Solidarität ist weder gerechtfertigt noch erklärbar.

Das Rennen um Steueroptimierung

In einigen Unternehmen erhalten Arbeitnehmer einen Teil ihres Lohns in Form von außergesetzlichen Vorteilen: Dienstwagen, Handys oder Versicherungen. Auch wenn diese kurzfristig attraktiv erscheinen, so reduzieren sie doch die Beiträge zur sozialen Sicherheit und damit den Erwerb sozialer Ansprüche. In großem Maßstab stellen diese „Dampfwalzen“ der Lohnoptimierung eine schleichende Gefahr für die Finanzierung des Systems dar.

Das Rennen um die „Optimierung“ begann in den 1960er-Jahren, etwa mit der Einführung von Mahlzeitschecks. Heute verschärft sich die Lage zunehmend – und besonders auffällig ist der fehlende politische Wille fast aller Regierungen, diesem Trend ein Ende zu setzen. Erschreckend ist zudem, dass niemand genau sagen kann, wie hoch die Verluste für die öffentlichen Einnahmen tatsächlich sind. Eine von SD Worx im Auftrag des Verwaltungsausschusses des Landesamtes für Soziale Sicherheit (LSS) durchgeführte Studie versucht, diese Beträge auf Basis einer Hochrechnung zu beziffern. Klar ist: Es handelt sich um Milliarden an „außergesetzlichen“ Vorteilen, und dieser Betrag steigt jedes Jahr weiter an.

Es bedarf einer kohärenten Vision

Zurzeit ist der belgische Arbeitsmarkt ein Mosaik aus Ausnahmen, günstigen Regelungen und Optimierungen, die gemeinsam zur Trockenlegung unserer sozialen Sicherheit beitragen. Diese ist schon seit vielen Jahren im Gange: man denke nur an die „Tax Shift“, die eigentlich Steuersenkung heißen sollte. Doch unter der aktuellen Regierung beschleunigt sich dieser Prozess noch weiter.

Minister Van Peteghem hat recht: „Wir müssen ehrlich sein.“ Doch Ehrlichkeit erfordert auch Kohärenz und Entschlossenheit. Wer die Lecks erkennt, muss auch den Mut haben, sie zu stopfen. Wer die Dampfwalze kommen sieht, muss sie aufhalten. Andernfalls stehen wir bald vor den Trümmern eines Systems, das einst auf Solidarität aufgebaut war.



TERMINE

14/10 Demo Brüssel

„Es muss sich was ändern!“ Am 14. Oktober demonstrieren wir gegen Kürzungen, Sanktionen und Ausschluss und fordern sichere Arbeitsplätze, gerechte Renten, Solidarität und Respekt. Weitere Infos auf Seite 16.

www.diecsc.be/Laufbahnmarsch

17/10 Weltarmutstag

Am 17. Oktober, dem Weltarmutstag, findet in Namur ein Marsch für Gleichheit und Solidarität statt. Zentrales Thema ist der Ausschluss Tausender Menschen vom Arbeitslosengeld.

20/10 Info Arbeitslose

Sie sollen Ihr Arbeitslosengeld verlieren oder kennen jemanden, der betroffen ist? Kommen Sie zu unserer Informationsversammlung am 20. Oktober um 10 Uhr in der CSC Eupen.

22/10 Grenzgänger DE

Am 22. Oktober findet von 9 bis 15 Uhr ein deutsch-belgischer Sprechtag für Grenzgänger in Eupen, Gospertstraße 42, statt. Themen sind u.a. Arbeit, Sozialversicherung, Familienleistungen, Steuern, Wohnen und Studieren. Anmeldungen beim GrenzInfoPunkt Aachen-Eurode: + 49 241 56 86 10.

23/10 Kein Planet B

„Es gibt keinen Planeten B“ lautet der Titel eines Themenabends am 23. Oktober in der CSC Eupen. Referent ist François Letocart, Dozent an der Autonomen Hochschule Ostbelgien. Weitere Infos auf Seite 14.



©shutterstock



Gabriel Technologie

Das Unternehmen Gabriel Technologie in Baudour (Provinz Hennegau) soll geschlossen werden. Die 47 Mitarbeiter des Styropor-Produzenten hatten nicht mit einer so radikalen Entscheidung gerechnet und legten die Arbeit nieder. Für die Gewerkschaften ist diese Situation auf die Miswirtschaft der lokalen Geschäftsleitung zurückzuführen. Darüber hinaus beschloss die Knauf-Gruppe, die diesen Standort gegründet hat, Gabriel Technologie dem Profit zu opfern. Die Beschäftigten setzten die Arbeit fort, nachdem der Sozialdialog aufgenommen wurde. Die CSC setzt sich für einen umfassenden Sozialplan sowie Mittel für die berufliche Umschulung der Mitarbeiter ein.

Pfizer

Der Pharmariese Pfizer will 58 Mitarbeiter am Standort Brüssel entlassen. Der multinationale Konzern begründet den Schritt mit einer notwendigen Modernisierung und Effizienzsteigerung. Die CSC Bau-Industrie und Energie prangert die zynische Strategie der permanenten Kosteneinsparung auf dem Rücken der Mitarbeiter an. „Während Pfizer weltweit gigantische Gewinne macht, sind es die Arbeitnehmer, die darunter leiden und auf dem Altar der Rentabilität geopfert werden.“

Takeaway

Die Lieferdienstplattform Takeaway.com hat die Entlassung von 41 der 165 Mitarbeiter angekündigt. Betroffen sind Angestellte im Kunden- und Verkaufsdienst. Das wäre die zweite Entlassungswelle bei Takeaway innerhalb eines Jahres. Die erste Phase der Renault-Prozedur wurde eingeleitet. Ziel der Angestelltengewerkschaft CNE ist es, einen Sozialplan für die Betroffenen auszuarbeiten.

Infoveranstaltung für Arbeitslose

Ende September fand in der CSC Eupen die erste Informationsveranstaltung für die Mitglieder statt, die vom Arbeitslosengeld ausgeschlossen werden. Grund sind die drastischen Maßnahmen der Regierung De Wever, wonach allein in Ostbelgien fast 1.000 Menschen ihr Arbeitslosengeld verlieren werden. Die Anwesenden wurden über die Auswirkungen und konkrete Begleitmaßnahmen informiert.

Die nächste Informationsversammlung für unsere deutschsprachigen Mitglieder findet am **20. Oktober, um 10 Uhr, in der CSC Eupen** statt.

www.diecsc.be/begrenzung-arbeitslosigkeit



184.000
MENSCHEN WERDEN 2026 DURCH DIE REGIERUNG VOM ARBEITSENGELD AUSGESCHLOSSEN

**Sie sind betroffen?
Nehmen Sie an unserer Infoveranstaltung teil.**

**Montag 20.10.2025
10-12 Uhr - CSC Eupen**

diecsc.be/begrenzung-arbeitslosigkeit

Die CSC Liège-Verviers-Ostbelgien sucht in Vollzeit einen zweisprachigen Mitarbeiter (m/w/d) zur Bearbeitung von Beschwerden

Sie werden hauptsächlich im Beschwerdemanagement und in der Betreuung und Beratung unserer Mitglieder tätig sein.

Wir bieten einen attraktiven Lohn, verschiedene Zusatzleistungen und eine erfüllende, motivierende Arbeit in einem dynamischen Umfeld.

INTERESSIERT?

Bewerben Sie sich bis zum **24/10/2025** um 12 Uhr bei Bezirkssekretärin Isabelle Debroux:
veloy@acv-csc.be

Vollständige Stellenanzeige auf:



www.diecsc.be





Wichtige Infos für Bauarbeiter

Ob Stundenlöhne, Frostkarten, Treuemarken oder Ruhetage. Für die Bauarbeiter haben wir die aktuell wichtigsten Informationen zusammengefasst.

Stundenlöhne ab 1. Oktober

Bezüglich der Berechnung der Löhne gibt es derzeit eine negative Indexierung. Die gute Nachricht ist jedoch, dass die Stundenlöhne nicht gesenkt werden. Dank der Intervention der CSCBIE wurde vereinbart, dass eine negative Indexierung im Bausektor nicht zu einer Senkung der Stundenlöhne führen wird. Diese bleiben daher unverändert. Konkret entsprechen die für die Monate Oktober, November und Dezember 2025 geltenden Löhne denen des vorigen Quartals.

Frostkarten

Der Versand der Frostkarten erfolgt Anfang Oktober. Bewahren Sie die Frostkarte sorgfältig auf, denn sie ist die Grundlage für eine Reihe von Vorteilen, die im Baufach gewährt werden. Sie gilt für den Zeitraum vom 1. Oktober 2025 bis einschließlich 30. September 2026 und betrifft die Leistungen, die Sie zwischen dem 1. Januar 2024 und dem 31. Dezember 2024 in diesem Sektor erbracht haben.

Rentenauszug

Im Oktober erhalten Sie Ihren Rentenauszug, aus dem die aktuelle Höhe Ihrer sektoralen Zusatzrente hervorgeht.

Auszahlung Treuemarken

Wenn Sie Mitglied der CSC sind und im Baufach arbeiten, haben Sie Anspruch auf Treuemarken. Das Antragsformular haben Sie Ende September erhalten.

Sobald Sie es erhalten:

- Tragen Sie bitte Ihre IBAN-Nummer ein.
- Stellen Sie sicher, dass Sie Ihre Gewerkschaftsbeiträge gezahlt haben.
- Werfen Sie die ausgefüllte Karte in einen CSC-Briefkasten oder geben Sie diese in einem CSC-Sekretariat ab.

Wir werden Ihre Treuemarken ab dem 27. Oktober auszahlen. Der Betrag, den Sie erhalten, entspricht 9 % des Bruttolohnes, den Sie zwischen dem 1. Juli 2024 und dem 30. Juni 2025 einschließlich verdient haben.

Ruhetage

Die Hauptperiode der Ruhetage beginnt am Montag, 22. Dezember 2025, und endet am Freitag, 2. Januar 2026. Wie im Vorjahr wird die Entschädigung ab dem 15. Dezember automatisch auf Ihr Konto überwiesen. Sie erhalten kein Formular. Überprüfen Sie Ihre persönlichen Angaben, um die Zahlung Ihrer Ruhetage zu garantieren. Sollten Ihre Angaben unvollständig oder fehlerhaft sein, erhalten Sie in der zweiten Dezemberhälfte ein Formular. Es ist wichtig, dass Sie dieses so schnell wie möglich zusammen mit Ihrer IBAN-Nummer an die CSC zurücksenden, damit die Zahlung erfolgen kann.

Tipp: Um Verzögerungen zu vermeiden, empfehlen wir Ihnen, jetzt zu prüfen, dass Ihre persönlichen und beruflichen Angaben in unserem System auf dem neuesten Stand sind. Loggen Sie sich bei „Meine CSC“ ein und überprüfen Sie die gespeicherten Informationen. Verwenden Sie itsme oder Ihre eID? Dann können Sie Ihre Daten direkt online bearbeiten. Sobald diese validiert wurden, erfolgt die Zahlung automatisch!

Achtung: Wenden Sie sich so schnell wie möglich an die CSCBIE, wenn sich Ihre Situation zwischen dem 1. Oktober und dem 31. Dezember 2025 geändert hat. Wenn Sie zum Beispiel Ihr Unternehmen verlassen, einen Arbeitsunfall hatten usw.

Zu Ihrer Information: Der Donnerstag, 25. Dezember 2025, und der Donnerstag, 1. Januar 2026, sind gesetzliche Feiertage. Für diese beiden Tage zahlt Ihr Arbeitgeber Urlaubsgeld. Der Ausgleichsruhetag, der auf den Freitag, 2. Januar 2026 fällt, wird im Dezember 2026 ausbezahlt.

Bei Fragen, kontaktieren Sie die CSC Bau-Industrie und Energie:



CSCBIE
Liège-Verviers-Ostbelgien
 bie.liege@acv-csc.be
 04 340 73 10



Kundgebung in Namur

Am 24. September folgten 8.000 Menschen in Namur dem Aufruf der Gewerkschaften, um von der wallonischen Regierung hochwertige Arbeitsplätze und Zukunftsperspektiven zu fordern.

„Die wallonische Regierung kürzt die Sozialausgaben und verzichtet gleichzeitig auf eine Reihe von Einnahmen“, beklagt CSC-Nationalsekretär Daniel Cornesse. „Viele Elemente ihres Programmdekrets werden direkte Auswirkungen auf eine Reihe von Arbeitnehmern haben, insbesondere im nicht-kommerziellen Sektor, aber auch auf die Bevölkerung, die von diesen Sektoren profitiert.“

Der Nationalsekretär beklagt auch den Mangel an Perspektiven in Bezug auf Investitionen in einer Reihe von Sektoren, die seiner Meinung nach hochwertige Arbeitsplätze schaffen könnten. Im Gegenteil: Die Reform der Sanierungsprämien wird direkte Auswirkungen auf den Bausektor haben. *„Es ist jedoch diese Art von gut durchdachter Investitionspolitik, die der wirtschaftlichen Dynamik der Region einen Schub verleihen würde.“* Zudem befürchtet er weitere Kürzungen im Bereich der Sozialpolitik, es ist von Einsparungen beim Kindergeld die Rede. *„Dieses Recht muss aber ein universelles Recht und ein Bollwerk gegen Kinderarmut bleiben.“*

Angesichts der Tatsache, dass sich die wallonische Regierung einzig an den Interessen der Arbeitgeberschaft orientiert, bot die Demonstration am 24. September der wallonischen CSC auch eine Gelegenheit, sie zum sozialen Dialog aufzufordern und den Forderungen der wallonischen Arbeitnehmer Gehör zu verschaffen.

Von Maastricht nach Brüssel marschiert

Von Maastricht nach Brüssel sind sie marschiert, um ein Ende der Deregulierungswelle der EU zu fordern. Drei Tage und über 60 Kilometer waren Gewerkschafter, Vertreter von Nichtregierungsorganisationen und politische Entscheidungsträger unterwegs, um ihren Forderungen Ausdruck zu verleihen. Denn eine Deregulierung würde die Arbeitnehmer, die Umwelt und die Menschenrechte gefährden.

„Die Arbeitnehmer zahlen jetzt schon einen sehr hohen Preis für die unzureichende Regulierung. Große Baustellen in einem Land wie Belgien haben heute durchschnittlich 16 Subunternehmer. Die größte kürzlich identifizierte Kette umfasste 188 Subunternehmer. Wenn Sozialdumping nicht der direkte Grund für diese Ketten ist, sind die Rechte der Arbeitnehmer unmittelbar bedroht. Nun kommen das EU-Omnibusgesetz und die 28. Regelung. Niemand ist für nutzlose Bürokratie, aber hier geht es um etwas anderes: die Vereinnahmung von Unternehmen durch große Lobbygruppen und gegen die Interessen einer besseren Gesetzgebung für uns alle. Das muss nicht nur aufhören, wir müssen auch wertvolle Zeit zurückgewinnen, für menschenwürdige Arbeit für alle und eine Klimapolitik, die den Herausforderungen unserer Zeit gerecht wird“, erklärt Thomas Miessen vom internationalen Dienst der CSC.

Der Marsch „Zurück in die Zukunft“ führte auf symbolträchtiger Route von Maastricht, wo der Vertrag von 1992 der EU ein stärkeres soziales und ökologisches Mandat verlieh, nach Brüssel, wo Kommission, Rat und Parlament der EU beheimatet sind. Eine Delegation der CSC Liège-Verviers-Ostbelgien war beim Start des Marsches in Maastricht anwesend.





SOS CLIMAT
MINISTRES:
SECOLUEZ-VOUS!
COP 28

Klimamarsch:

Für Klima- und soziale Gerechtigkeit



30.000 Menschen nahmen am 5. Oktober am Klimamarsch teil. Damit wurde Brüssel erneut Schauplatz einer großen Bürgerbewegung für das Klima. Sie forderte einen ehrgeizigen und sozial gerechten ökologischen Übergang, der die planetaren Grenzen ⁽¹⁾ respektiert.

Der Klimamarsch war unumgänglich und fand zu einem kritischen Zeitpunkt statt: Es ist sehr besorgniserregend, dass politische Maßnahmen, die eigentlich den Klimanotstand angehen sollten, in Frage gestellt werden, während nicht nur die Klimakrise, sondern auch Krisen in allen Ökosystemen der Erde zunehmen.

Infragestellung

In mehreren westlichen Ländern nehmen die derzeitigen Regierungen eine zunehmend skeptische, ja sogar feindselige Haltung gegenüber der Notwendigkeit eines schnellen ökologischen Wandels ein. In Belgien hat zum Beispiel der föderale Arbeitsminister David Clarinval vor Kurzem erklärt, er wolle „das Klima auf Eis legen“ und verzögert damit dringend notwendige Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen. Diese Rede ist keineswegs ein Einzelfall, sondern fügt sich in eine Tendenz ein, die den durch Bürgerbewegungen hart erkämpften europä-

ischen ‚Green New Deal‘ ⁽²⁾ schwächt und den Weg für eine kriminell langsame Klimapolitik ebnet. Das Leben vieler Menschen steht auf dem Spiel. Eine globale Erwärmung von +1,5 Grad könnte in Europa jährlich zu 30.000 Todesfällen durch extreme Hitze führen. Jedes Zehntelgrad mehr bedeutet tausende weitere Tote.

Aber parallel zu dieser Infragestellung entwickeln sich energieintensive Sektoren wie künstliche Intelligenz, Schwerindustrie und Verteidigung, die die Klimakrise noch verschärfen könnten, sehr stark. Der Wettlauf um Technologie und Militarisierung verbraucht ebenfalls massiv Ressourcen und verursacht erhebliche Treibhausgasemissionen, ganz im Widerspruch zu den erklärten Umweltzielen.

Globale ökologische Krise

Der Klimawandel kann nicht getrennt von den anderen großen ökologischen Herausforderungen angegangen werden. Die wirtschaftliche



**600 Millionen
Arbeitsplätze könnten
bis 2030 in anfälligen
Sektoren verloren
gehen.**

Entwicklung beruht nicht nur auf der Verbrennung fossiler Energien, sondern auch auf Verschmutzung und dem übermäßigen Abbau von Rohstoffen, welche die natürlichen Lebensgrundlagen auf der Erde beeinträchtigen. Der Planet steht heute unter einem beispiellosen Druck. Wissenschaftler haben daher neun lebenswichtige planetare Grenzen definiert (siehe S. 11). Sieben davon haben wir schon überschritten!

(1) Erklärung der planetaren Grenzen auf Seite 11.

(2) Eine Reihe politischer Initiativen, die von der Europäischen Kommission vorgeschlagen wurden, um Europa bis 2050 klimaneutral zu machen (Anm. d. Red.).

Diese multidimensionale Umweltkrise gefährdet die Resilienz der Ökosysteme, von denen unsere Gesellschaft abhängt. Das Klima ist ein zentrales Element, aber es muss in diesem globalen Rahmen betrachtet werden. Man darf nicht vorschnell glauben, dass das Elektroauto die magische Lösung sei, denn die durch die Gewinnung der benötigten Mineralien entstehenden Umweltprobleme wirken sich ebenfalls negativ auf unsere Umwelt aus. Wenn wir diese Wechselwirkungen ignorieren, besteht die Gefahr, dass nur teilweise oder sogar kontraproduktive Lösungen vorgeschlagen werden.

Das Problem von fossilen Verbrenner-Autos kann beispielsweise nicht durch Elektroautos gelöst werden, sondern vielmehr durch öffentliche Verkehrsmittel, Carsharing, Ballungsgebiete usw.

Klimafolgen

Die jüngsten Daten des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC) sind alarmierend. Laut seinem letzten Bericht ist die durchschnittliche globale Temperatur bereits um +1,2 °C im Vergleich zur vorindustriellen Zeit gestiegen. Wir werden wahrscheinlich die im Pariser Klimaabkommen als Grenzwert festgelegte Schwelle von +1,5 °C bereits 2025 überschreiten, und nicht erst im Jahr 2050. Die Folgen sind überall sichtbar: Rekord-Hitzewellen (bis zu 45° in Europa in diesem Sommer), verheerende Waldbrände, Überschwemmungen, die Millionen

Menschen betreffen, stärkere Wirbelstürme usw.

Die wirtschaftlichen Kosten sind enorm: über 300 Milliarden US-Dollar an Schäden durch Klimakatastrophen im Jahr 2024, ein Anstieg von 60 % innerhalb von zehn Jahren. In Europa haben Hitzewellen und Dürren allein im Jahr 2025 schon über 15 Milliarden Euro gekostet und insbesondere die Landwirtschaft und die Industrie betroffen. Jeden Sommer sterben infolge von Klimaextremen Hunderte von Menschen in Europa.

Abhängigkeit von fossiler Energie

Trotz dieser Erkenntnisse stiegen die weltweiten CO₂-Emissionen im Jahr 2024 um 2 %, wobei mehr als 36 Milliarden Tonnen in die Atmosphäre gelangten. In Europa bleibt die Nachfrage nach Erdgas hoch, unter anderem für die Schwerindustrie und den Militärssektor, zwei der größten Verbraucher fossiler Brennstoffe.

Diese Abhängigkeit bleibt bestehen, weil wirtschaftliche Logiken oft kurzfristige Ansätze und Gewinne der Nachhaltigkeit vorziehen. Für die Arbeitnehmer ist die Situation komplex: Verzögert sich die Energiewende, verschärfen sich die Klima- und Wirtschaftsrisiken. Ist sie schlecht durchdacht, kann sie Prekarisierung und Arbeitsplatzverluste verursachen.

Schwere wirtschaftliche und soziale Folgen

Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) warnt: Ohne einen geplanten Übergang könnten bis 2030 bis zu 60 Millionen Arbeitsplätze in anfälligen Sektoren verschwinden, während bis 2030 fast 100 Millionen grüne Arbeitsplätze geschaffen werden könnten, wenn die öffentliche Politik ehrgeizig und gerecht wäre.

Klimastörungen schwächen die Lieferketten, erhöhen die Kosten für Unternehmen und belasten die Einkommen der Arbeitnehmer stark, insbesondere in der Landwirtschaft, im Baugewerbe oder im Tourismus. Ohne angemessene Unterstützung werden sich die sozialen und regionalen Ungleichheiten verschärfen und die Kluft zwischen gefährdeten und privilegierten Bevölkerungsgruppen weiter vergrößern.

Klimagerechtigkeit als gesetzliche Pflicht anerkannt

Vor diesem Hintergrund wird sich die internationale Justiz zunehmend der Verantwortung der Staaten bewusst. Ein wegweisendes Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 23. Juli 2025 bestätigt, dass Verstöße gegen Klimaverpflichtungen eine „völkerrechtswidrige Handlung“ darstellen, für die Staaten haften. Diese wegweisende Entscheidung schafft eine rechtliche Verpflichtung zum Handeln und bietet ein neues Instrument, um ehrgeizige und verbindliche Maßnahmen einzufordern.



Serge dehaes



Klimawandel: Neue Risiken für Arbeitnehmer

Überschwemmungen, Stürme, Dürren,... Zwischen 1980 und 2023 wurden weltweit mehr als 12.000 extreme Wetterereignisse registriert. In Europa stellen Hitzewellen die größte direkte klimabedingte Gesundheitsbedrohung dar.

Diese Situation wirkt sich stark auf die Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer aus: Aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit sind sie den Risiken oft über längere Zeit und stärker ausgesetzt als die restliche Bevölkerung. Mit dem Klimawandel hängen viele gesundheitliche Risiken zusammen, die schwerwiegend sein können: Unfälle, Hautkrebs, Herz-Kreislauf- und Atemwegserkrankungen usw. Auch die finanziellen Auswirkungen sind beträchtlich, wenn man die Produktivitätsverluste, Betriebsunterbrechungen und Schäden an der Infrastruktur bedenkt.

Anpassung der Gesetzgebung

Angesichts dieser neuen Risiken muss sich die Gesetzgebung zum Gesundheitsschutz und zur Sicherheit am Arbeitsplatz weiterentwickeln.

In mehreren Ländern, darunter Belgien, wurden Vorschriften in Bezug auf die Arbeit bei Hitze und Kälte eingeführt, insbesondere in Form von Höchsttemperaturen und Vorsorgemaßnahmen am Arbeitsplatz. Der belgische Gesetzbuch über das Wohlbefinden bei der Arbeit enthält zudem Bestimmungen zum Schutz vor solarer UV-Strahlung sowie zur Bereitstellung von persönlichen Schutzausrüstungen für exponierte Beschäftigte. Auf europäischer Ebene gibt es mehrere EU-Richtlinien mit spezifischen Vorgaben zum Schutz der Arbeitnehmer bei extremen Wetterbedingungen.

Auch der Aufschwung grüner Technologien bringt neue Herausforderungen mit sich. So enthalten beispielsweise Lithiumbatterien giftige chemische Substanzen, die ein Gesundheitsrisiko für Arbeitnehmer darstellen. Solaranlagen bergen elektrische Gefahren während der Installation oder Demontage, beim Anschluss sowie bei Wartungsarbeiten.

Die Behörden greifen diese Themen zunehmend auf. In diesem Zusammenhang war Spanien besonders innovativ im Arbeitsrecht: Es hat ei-

nen bezahlten Klimurlaub von vier Tagen eingeführt, wenn eine öffentliche Behörde eine offizielle Warnung ausgesprochen hat. Diese Regelung wurde nach der Katastrophe im Oktober 2024 in der Region Valencia beschlossen, als mehrere Unternehmen ihr Personal trotz einer Warnung des nationalen Wetterdienstes verpflichtet hatten, zur Arbeit zu kommen.

Die Konzertierung

Die Gesetzgebung ist somit ein wichtiges Instrument, um klimabedingten Risiken vorzubeugen. Aber der soziale Dialog ist genau so entscheidend. Wer kennt die Arbeitsbedingungen und die damit verbundenen Risiken besser als die Beschäftigten selbst? Es können kollektive Abkommen ausgehandelt werden, die die Besonderheiten der einzelnen Branchen berücksichtigen. Schulungen und die Sensibilisierung für die erforderlichen Schutzmaßnahmen sowie für die Kontrolle ihrer Anwendung sind unerlässlich, um diese Abkommen umzusetzen.

Angesichts unvorhersehbarer natürlicher und wirtschaftlicher Bedingungen ist ein Paradigmenwechsel unverzichtbar, um die Resilienz von Beschäftigten und Bürgern zu gewährleisten. Ebenso unerlässlich ist es, sich auf gewerkschaftlicher Ebene darauf vorzubereiten.



9 planetare Grenzen

„Planetare Grenzen“ sind Indikatoren, die den Zustand unseres Planeten messen. Sie beruhen auf neun zentralen Prozessen, die das Leben auf der Erde ermöglichen. Werden diese Grenzen überschritten, können die natürlichen Systeme die Lebensgrundlagen nicht mehr sichern.

In **Rot** sind die bereits überschrittenen Grenzen.

- 1. Klimawandel:** Erwärmung des Planeten durch Treibhausgasemissionen.
- 2. Verlust der Biodiversität:** Rückgang von Arten und Ökosystemen.
- 3. Abholzung:** Rückgang der Wälder mit Folgen für Klima und Biodiversität.
- 4. Nutzung von Süßwasser:** Übernutzung der Wasserressourcen.
- 5. Versauerung der Ozeane:** Zunahme des Säuregehaltes durch CO₂-Aufnahme.
- 6. Störung von Stickstoff- und Phosphor-Kreislauf:** Übermäßiger Einsatz von Düngemitteln stört natürliche Kreisläufe.
- 7. Chemische Verschmutzung:** Belastung von Boden, Wasser und Luft durch toxische Substanzen.
- 8. Aerosole in der Atmosphäre:** Partikel, die Klima und menschliche Gesundheit beeinflussen.
- 9. Abbau der Ozonschicht:** Verringerung des Schutzschilds der Erde gegen UV-Strahlung.

„Break Up Big Tech“

Im Rahmen der Kampagne „People vs. Big Tech“ wurde am 22. September symbolisch ein riesiges Bild des Google-Logos vor dem Hauptsitz der EU-Kommission zerstört. Die vom Europäischen Gewerkschaftsbund unterstützte Kampagne will die Rechte der Bürger angesichts der lukrativen Überwachung durch große Technologieunternehmen und angesichts von Systemen und Algorithmen, die Hassreden und Desinformation verstärken, schützen. Unterzeichnen Sie die Erklärung auf www.peoplevsbig.tech.

Alysse Food

Bei Alysse Food in Seneffe (Provinz Hennegau) sollen 92 der 210 Beschäftigten entlassen werden. Seit der Übernahme des Unternehmens durch den französischen Konzern Roullier hat sich die Situation verschlechtert. Die Renault-Prozedur wurde eingeleitet, aber die Direktion lehnte bei einem Treffen mit den Gewerkschaften alle Verhandlungsversuche über Abfindungen ab. „Die vorgeschlagenen Beträge sind lächerlich“, erklärt Olivier Buyse von der CSC Nahrung und Dienste. Aufgrund der Vorgehensweise und der negativen Aussagen der Chefetage zur Zukunft des Standortes setzten die Mitarbeiter ihren Streik fort.

Herbst der Gegenwehr

Unter dem Motto „Herbst der Gegenwehr“ plant das deutsche Bündnis „AufRecht bestehen“, das sich aus Gewerkschaften und Sozialorganisationen zusammensetzt, eine Aktionswoche vom 20. bis zum 24. Oktober in Deutschland. Ziel ist es, der „drohenden Kahlschlagpolitik der Bundesregierung etwas entgegenzusetzen. Die Koalition von Bundeskanzler Merz hat Einsparungen bei Grundsicherungsleistungen, Renten, Wohngeld, Kinderzuschlag, Pflege und im Gesundheitssystem im Visier“. Weitere Infos unter www.erwerbslos.de.

30.000 Menschen demonstrieren gegen Klimanotstand

Rund 30.000 Menschen nahmen am 5. Oktober am Klimamarsch in Brüssel teil, um einen sozial gerechten ökologischen Wandel zu fordern. Als Mitglied der Klima-Koalition erinnerte die CSC dabei an die Dringlichkeit der Lage. Lesen Sie dazu auch unser Dossier auf Seite 9.



Positiver Effekt der Gewerkschaften auf die Löhne

Eine 2020 veröffentlichte Studie der OECD und der ULB versuchte, den Einfluss der Gewerkschaften auf die Löhne in Belgien zu bewerten. Sie untersuchten, ob Unternehmen mit Kollektivabkommen höhere Löhne haben oder nicht. Ergebnis? Die Löhne in Unternehmen mit einer Gewerkschaft sind um 14 % höher als in Unternehmen ohne Gewerkschaft. Aber laut den Akademikern ist nicht alles auf gewerkschaftliche Aktionen zurückzuführen.

So sind die Gewerkschaften zum Beispiel stärker in der Industrie vertreten, einem allgemein reichen Sektor, wo es einfacher ist, hohe Löhne zu zahlen. Ein Teil der höheren Löhne in der Industrie hängt also nicht mit gewerkschaftlichen Aktionen zusammen, sondern mit dem Wohlstand des Sektors. Wie hoch ist dann wirklich der Anteil der Gewerkschaften an den 14 %?

Die Forscher fanden heraus, dass die Löhne in Unternehmen mit einer Gewerkschaft um 5 % höher sind als in Unternehmen ohne Gewerkschaft. Das entspricht 100 Euro mehr pro Monat bei einem Lohn von 2.000 € bzw. 150 Euro bei einem Lohn von 3.000 €. Nicht schlecht, oder? Und hier zählen wir nur die Auswirkungen einer Gewerkschaft auf Unternehmensebene. Die Gewerkschaften sind aber auch auf nationaler und sektoraler Ebene aktiv. Kurz gesagt: 5 % mehr Lohn sind nur die Spitze des Eisbergs dessen, was die Gewerkschaft den Arbeitnehmern bringen kann. Ein gutes Element, um Ihre Kollegen für eine Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft zu überzeugen!



Mercosur-Deal: mehr Verlierer als Gewinner

Mehr als 40 Zuhörer waren vor kurzem zu der Mercosur-Podiumsdiskussion in die Stille Post in St.Vith gekommen, die von Attac DG, Miteinander Teilen und der Verbraucherschutzzentrale Ostbelgien organisiert wurde. Unter dem Motto „Freier Handel und faire Zukunft?“ wurden vielschichtige Fragen rund um das von der EU-Kommission angestrebte Abkommen mit den Mercosur-Staaten erörtert. Moderator Norbert Nicoll befragte Thomas Miessen (CSC), Pascal Arimont (EU-Abgeordneter), Bernd Lorch (Verbraucherschutzzentrale), Ingrid Mertes (Bauernbund) sowie Armin Paasch (Misereor) zu den Themen Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Arbeitsrechte und wirtschaftliche Interessen. Schnell wurde klar, dass es bei dem Mercosur-Deal auf beiden Seiten mehr Verlierer als Gewinner geben wird.

Zoetis-Personal erhält Prämie... und Respekt

Am Ende eines fünftägigen Streiks haben sich der Zusammenhalt und die Solidarität der Zoetis-Arbeitnehmer ausgezahlt.

Zwei Jahre lang hatte die Direktion von Zoetis, einem amerikanischen Veterinärpharmakonzern mit Standort in Neu-Löwen, ein kollektives Abkommen KAA 90 versprochen, dank dessen die Arbeitnehmer eine Prämie erhalten, die auf Produktivitätszielen oder finanziellen Ergebnissen basiert.

Das Unternehmen bietet seinen 550 Arbeiternehmern nur eine Cafeteria mit 72 Sitzplätzen, es hat beschlossen, das Budget für Mitarbeitervorteile um 140.000 Euro zu kürzen und das Jahresendgeschenk abzuschaffen. Da ist es kein Wunder, dass die Belegschaft sehr ungehalten war, als ihr die Wirtschafts- und Finanzinformationen mitgeteilt wurden: ein Nettogewinn von 746 Millionen Euro und ein Bonus von insgesamt 801.000 Euro für 11 Mitglieder der Geschäftsleitung, zusätzlich zu ihrem Gehalt. Aber es war nichts geplant, um den Beitrag der Arbeitnehmer zu diesen Rekordergebnissen zu würdigen.

An der anschließenden Personalversammlung nahmen mehr als 250 Arbeiter und Angestellte teil. Der Streik wurde mit 90 % der Stimmen angenommen. Die Belegschaft forderte eine ab 2026 gezahlte Produktionsprämie und eine ernsthafte Verhandlung des KAA 90 für 2027, damit die Gewinne endlich gerecht verteilt werden.

Dank dieser massiven und entschlossenen Mobilisierung wurden beide Ziele erreicht. Die Direktion verpflichtete sich zudem, den sozialen Dialog auf Unternehmensebene zu verbessern, und akzeptierte, über die mögliche Wiedereinführung abgeschaffter Vorteile zu sprechen.

Streik bei Ikea in Hognoul

Arbeitsüberlastung und fehlendes Personal haben zu einem Streik bei IKEA in Hognoul bei Lüttich geführt. Die Gewerkschaften haben die Arbeitsbedingungen mehrfach angeprangert, doch die Chefetage ist nicht auf die Forderungen eingegangen. Auch bei den Mitarbeitern der Ikea-Geschäfte in Zaventem, Wilrijk, Mons und Anderlecht steigt der Unmut. Von Beginn an unterstützt die CSC die Ikea-Mitarbeiter in Hognoul bei ihrer Forderung für bessere Arbeitsbedingungen.



Themenabend am 23. Oktober in Eupen

„Es gibt keinen Planeten B“

Das CSC-Regionalkomitee Eupen-Sankt Vith setzt im neuen Sozialjahr seine Themenabende fort. Während am 23. Oktober die Klimakrise beleuchtet wird, steht am 2. Dezember die Demokratie im Fokus. Referent ist François Letocart, Dozent an der Autonomen Hochschule Ostbelgien. Wir haben uns mit dem 58-jährigen aus Walhorn unterhalten.



François Letocart versteht es, drängende Themen unserer Zeit spannend und greifbar zu veranschaulichen.

François Letocart, in der zweiten Runde Ihrer Vortragsreihe geht es zunächst um die Klimakrise. Was erwartet die Teilnehmer?

Das Thema Klimakrise ist in den letzten 2, 3 Jahren quasi aus der Aktualität verschwunden. Die Welt hat im Moment andere Prioritäten, wie die Kriege in der Ukraine und im Gaza-Streifen, was ich auch gut verstehen kann. Aber die Klimakrise ist nicht vom Tisch, denn sie ist auch eine soziale Krise. Das haben wir konkret bei der Hochwasserkatastrophe 2021 beobachten können. Opfer waren hauptsächlich die sozial benachteiligten Menschen, die im Wesertal leben. Der Zusammenhang zwischen ökologischer Krise und sozialer Krise ist enorm. Das ist eindeutig und steht auch seit Jahren im Bericht des IPPC (A.d.R.: *Weltklimarat der Vereinten Nationen*). Die ersten Opfer der Klimakrise werden die ärmeren Leute sein.

Wie läuft der Abend ab?

Ich bin kein Klimaexperte, aber ich werde versuchen, das Thema auf einer interaktiven Art und Weise zu präsentieren. Das erste Spiel ist eine „Klima-Freske“, um die Zusammenhänge darzustellen. Dabei erfährt man einiges über die Auswirkungen der Klimakrise, was hängt womit zusammen. Danach geht es weiter mit einem Rollenspiel, bei dem wir nach Lösungen suchen werden. Dabei werden Fragen aufgeworfen, ob wir das Klima noch retten können und wenn ja, wie? Dazu nutzen wir ein wunderbares Tool, den Klima-Simulator vom MIT (Massachusetts Institute of Technology), einem renommierten Forschungsinstitut in den USA. Mit diesem Tool kann man seine eigenen Prioritäten angeben und sieht dann die Auswirkungen auf das Klima und die Erdtemperatur in Echtzeit. Dabei stellt man fest, dass einige Lösungen effizienter sind als andere. Um ein Erfolgsszenario zu erreichen, muss man an den diversen Parametern beziehungsweise an den Stellschrauben drehen. Ich finde es sehr wichtig, dass dieses Spiel Hoffnung weckt. Die

Klimakrise ist sehr ernst und viele Menschen haben das Gefühl, man könne nichts mehr retten. Der Simulator zeigt aber auf, dass es Möglichkeiten gibt, die Erderwärmung für das Jahr 2100 auf maximal zwei Grad Celsius zu begrenzen.

Aus Krisen kann und soll man gestärkt hervorgehen?

Wenn man die Welt von heute sieht, gibt es viele Gründe um alles hinzuschmeißen und sich nicht mehr zu engagieren, sei es im Umweltbereich oder für soziale Themen. Alles geht scheinbar den Bach runter. Und dann gibt es die Rechtspopulisten und die Demokratie steckt auch noch in einer tiefen Krise. Bei manchen Menschen führt das dazu, dass sie keine Nachrichten mehr schauen. Nach meinem Geschichtsstudium an der Uni Lüttich hatte ich mir gesagt, ich möchte drei Dinge in den nächsten 30 Jahren gelöst sehen: Klima, Dritte-Welt-Schulden und Israel-Palästina-Konflikt. 30 Jahre später ist es noch viel schlimmer geworden. Da könnte man verzweifeln, aber als Historiker halte ich an dem Glauben fest, dass sich die Menschheit in Richtung Fortschritt bewegt. Aber dieser Fortschritt ist nicht geradlinig. Das hat der Philosoph Hegel ganz gut mit der Dialektik der Geschichte beschrieben: These, Antithese und Synthese. Die Welt bewegt sich tatsächlich in Richtung Fortschritt, aber es funktioniert nur durch Krisen und Momente der großen Verzweiflung. Und so einen Moment durchleben wir gerade. Mit diesem Spiel möchte ich zeigen, dass nicht alles verloren ist und dass man weiter kämpfen muss, egal in welchem Bereich. Man darf nicht aufgeben.

Am 2. Dezember dreht sich in Ihrem Vortrag alles um das Thema Demokratie. Was erwartet uns?

Der flämische Philosoph David Van Reybrouck hat phantastische Bücher geschrieben, darunter der Bestseller „Gegen Wahlen: Warum Abstimmen nicht demokratisch ist“. In diesem Buch macht er eine Diagnose der Demokratie in westlichen Ländern. Die Demokratie steckt in einer tiefen Krise und die Glaubwürdigkeit der Politik ist erschüttert. Bei einer Umfrage in Flandern wurde vor kurzem festgestellt, dass eine Mehrheit der Jugendlichen für ein autoritäres Regime ist. Die Jugendlichen sind der Meinung,

Themenabende: Klima und Demokratie im Fokus

Nach den zwei ersten Themenabenden zur sozialen Ungerechtigkeit und der Finanzmacht setzt das CSC-Regionalkomitee Eupen-Sankt Vith seine interaktive Informationsreihe fort. Diesmal stehen die Klimakrise und die Demokratie im Fokus. Referent ist François Letocart, Dozent an der Autonomen Hochschule Ostbelgien. Er versteht es, drängende Themen unserer Zeit spannend und greifbar zu veranschaulichen. Werden Sie aktiv, denken Sie mit und tauschen Sie sich aus. Es erwarten Sie interaktive Workshops, bei denen Ihre Meinung zählt.

23.10.2025: „Es gibt keinen Planeten B“

Was können wir gegen die Klimakrise tun? Welche Verantwortung tragen wir als Gesellschaft?

02.12.2025: „Die Demokratie - Engagiert oder resigniert?“

Wie schützen wir unsere Demokratie vor Machtmissbrauch und extremen politischen Strömungen?

Die Themenabende beginnen jeweils um 18.30 Uhr und finden in der CSC Eupen, Aachener Straße 89, statt. Anmeldungen erwünscht unter: susanne.niessen@acv-csc.be.

Wir freuen uns darauf, Sie begrüßen zu dürfen!

dass ein autoritäres Regime die ganzen Probleme viel effizienter lösen könne. Die Demokratie ist nicht mehr so sexy, das kann man so sagen. Das kommt aber auch daher, dass die Demokratie seit Jahrzehnten auf derselben Art und Weise funktioniert. David Van Reybrouck präsentiert eigentlich Alternativen, dabei stellt er das Prinzip der Wahlen in Frage, obwohl er nicht gegen Wahlen ist. Er stellt fest, dass Systeme, die per Los funktionieren, sehr effizient sein können. Als Beispiel nennt er das Schwurgericht, bei dem einfache Bürger per Los in die Jury entsandt werden. In den meisten Fällen nehmen sie ihren Auftrag sehr ernst und leisten gute Arbeit. Dieses Prinzip könnte man in die Politik übertragen.

Wie das Projekt der Bürgerbeteiligung in der DG?

Absolut. David Van Reybrouck war mehrmals als Berater in der DG, um diesen Prozess der Bürgerversammlung zu unterstützen. In diese Bürgerversammlung kommen 25 Bürger per Losverfahren rein. Sie befassen sich mit einem Thema und hören dazu Experten an, bilden sich eine Meinung und formulieren eine Reihe von Empfehlungen, die der Politik übermittelt

werden. Die Empfehlungen sind sehr gut und zeugen von gesundem Menschenverstand. Sie sind nicht an Parteiinteressen gebunden und das kann zu besseren Resultaten führen. Die Kombination von Bürgerversammlung und gewähltem Parlament könnte ein Lösungsansatz sein. Das ist ein Beispiel für eine Wiederbelebung der Demokratie. Bei dem Themenabend in der CSC Eupen würde ich sehr gerne über dieses Projekt, das eine Weltpremiere war, austauschen.

Weitere Themen des Abends?

Wie kann man Desinformation bekämpfen? Das ist für mich das Gift der Demokratie. In den sogenannten sozialen Medien kann sich egal wer als Experte ausgeben und Unsinn erzählen. Dann werde ich auch über qualitative Information sprechen. Diese ist unabdingbar für eine gesunde Demokratie. Wir werden die Teilnehmer aber auch testen, ob sie Demokratie müde oder begeistert sind. Spiele und Videos werden das Ganze auflockern, ich werde nicht anderthalb Stunden am Stück labern (lacht), sondern versuche, die Leute mitzunehmen.

jm

“Kommentar

Diesen Herbst geht es wieder auf die Straße!



In diesem Herbst werden die Straßen von Brüssel, Namur und anderen Städten von Schritten, Stimmen und Überzeugungen widerhallen. Am 24. September demonstrierten in Namur Tausende von Beschäftigten für ihre Arbeitsplätze, um daran zu erinnern, dass menschenwürdige und hochwertige Arbeit in Wallonien der beste soziale Schutz bleibt.

Am 5. Oktober haben wir beim Klimamarsch mit einer sehr breiten Koalition erneut betont, wie wichtig es ist, die Energiewende zu unterstützen und Rückschritte bei den Klimazielen abzulehnen.

Am 14. Oktober treffen wir uns alle in Brüssel zum Laufbahnmarsch, um von der Föderalregierung zu fordern, die Arbeitswelt stärker zu unterstützen, anstatt sie prekärer zu machen.

Diese Mobilisierungen sind Teil ein und derselben Logik: der kollektiven Verantwortung. Sie sind nicht die Angelegenheit eines einzelnen Sektors, einer einzigen Generation oder einer einzigen Gewerkschaft. Sie sind bürgerlich, solidarisch und

offen. Auf die Straße zu gehen ist unser Ausdruck dafür, dass wir nicht resignieren. Es ist eine Erinnerung daran, dass soziale Rechte, Steuergerechtigkeit, der gerechte ökologische Wandel und Demokratie nicht im Stillen verhandelt werden können.

Jeder unserer Märsche ist ein Signal an die Entscheidungsträger, aber auch ein Aufruf an alle, die eine Gesellschaft wollen, die das Vertrauen wiederherstellt, anstatt es zu zerstören. Kommt am 14. Oktober mit uns auf die Straße, um das Sprachrohr aller zu sein und die Demokratie zum Leben zu erwecken. Lasst uns gemeinsam einen Schritt in Richtung mehr Solidarität gehen.

Der Herbst ist da: Wir sind es auch, mit unserer Entschlossenheit und unserer menschlichen Wärme angesichts des eisigen Windes der unsozialen Maßnahmen.

Marie-Hélène Ska,
CSC-Generalsekretärin

Die Regierung will längere und schwerere Laufbahnen.

Wir wollen ausgewogene Laufbahnen.

Die Regierung will die Renten kürzen.

Wir wollen gerechte Renten.

Die Regierung will mehr Flexibilität.

Wir wollen Beschäftigungssicherheit.

Die Regierung will bestrafen und ausschließen.

Wir wollen Solidarität und Respekt.

Kommt am 14. Oktober nach Brüssel.

Denn es muss sich was ändern.



**Laufbahnmarsch
14. Oktober 2025
Nordbahnhof, Brüssel**

**ES
MUSS
SICH WAS
ÄNDERN.**

#arbeitnehmerverdienenrespekt

